

Danziger Zeitung.

Nr. 18345.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaisert. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepfaltete gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Stockholm, 18. Juni. (W. T.) Ein Telegramm von Svenska Telegrämmabureau meldet: Die hiesigen Gesandten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Englands und Deutschlands haben den König Oskar im Auftrage ihrer Regierungen ersucht, kraft des dritten Artikels der Samoaconferenz den Oberrichter für die Samoainseln zu ernennen.

Der deutsch-englische Vertrag.

Über das Ergebnis der zwischen Deutschland und England gepflogenen Verhandlungen zur Abgrenzung der Interessensphären beider Länder in Afrika schreibt der „Reichsanzeiger“:

Auf Grund der in jüngster Zeit geführten Verhandlungen ist zwischen der deutschen und der englischen Regierung über nachstehende Punkte, welche ein un trennbares Ganze bilden, Einverständnis erzielt worden:

1. Die deutsche Interessensphäre in Ostafrika

ist begrenzt:

a. im Süden: durch eine Linie, die von der Mündung des Rovura im Westen des Nyassa-Sees bis zur Mündung des Rilambo im Süden des Tanganika-Sees führt;

b. im Norden: durch eine Linie, welche längs dem 1. Grad südlicher Breite vom Westufer des Victoria-Nyanza bis zum Congostaat führt und den Berg Mumbiro südlich umgeht.

Zwischen dem Nyassa-See und dem Congostaat, zwischen dem Nyassa-See und Tanganika-See, auf dem Tanganika-See und zwischen dem letzteren und der nördlichen Grenze der beiderseitigen Interessensphären wird der Verkehr für die Unterthanen und die Güter beider Nationen von allen Abgaben frei bleiben.

In den beiderseitigen Interessensphären wird den Missionen beider Staaten Cultus- und Unterrichtsfreiheit gewährt. Die Unterthanen des einen Staates sollen in der Interessensphäre des anderen bezüglich der Niederlassung und des Handels die gleichen Rechte genießen, wie die Unterthanen des Staates, welchem die Interessensphäre angehört.

England wird seinen ganzen Einfluss ausspielen, um den Sultan von Zanzibar zur Abreitung des ihm der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft verpflichteten Küstenstrichs an Deutschland zu bewegen. Für diesen Fall wird deutscherseits dem Sultan eine billige Entschädigung für die ihm entgehende Zolleinnahme gewährt werden.

2. Die Grenze zwischen der deutschen und englischen Interessensphäre in Südwest-Afrika führt von dem in früheren Übereinkommen verabredeten Punkte aus längs dem 22. Grad südlicher Breite nach Osten bis zum 21. Längengrad, von da nach Norden längs diesem Grade bis zum Schneidpunkt desselben mit dem 18. Grad südlicher Breite und von da nach Osten längs dem Tschobiflusses bis zu dessen Mündung in den Zambezi.

3. Die Grenze zwischen dem deutschen Togogebiet und der englischen Goldküstencolonie soll entsprechend dem deutschen Vorschlag durch eine Linie gebildet werden, welche die freistige Landschaft Krepé in der Weise durchschneidet, daß der nördliche Theil mit Apandu an Deutschland, der südliche Theil mit Peki an England fällt.

4. Deutschland überträgt England seine Schutzherrschaft über Witu und das Somaliland im Norden der englischen Interessensphäre.

5. Deutschland gibt seine Zustimmung, daß England über das Sultanat Zanzibar mit Ausnahme des der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft verpflichteten Küstenstrichs das Protectorat übernimmt.

6. England tritt vorbehaltlich der Ermächtigung des Parlaments an den deutschen Kaiser die Insel Helgoland ab. Für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der deutschen Zollgesetzgebung in Helgoland wird eine Frist vereinbart werden, auch soll den dermaligen Bewohnern während eines bestimmten Zeitraumes das Recht, für die englische Nationalität zu optieren, gewährt sein.

7. Die übrigen auf coloniale Fragen bezüglichen Differenzen: Reklamation wegen der Aufbringung des Dampfers „Neera“, Abgrenzung der Walfischbai, Reklamation gegen die englische Nigergesellschaft u. s. w. werden, nachdem festgestellt ist, daß über dieselben im Prinzip keine ernstlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen, weiterer freundlicher Verständigung vorbehalten.

8. Bis zum formellen Abschluß des gegenwärtigen Übereinkommens, welches in kürzester Frist durch Notenaustausch geschehen soll, wird keine Unternehmung in Afrika, welche sich mit den vorstehenden Verabredungen im Widerspruch befindet, von einer der beiden Regierungen sanctionirt werden.

Politische Übersicht.

Danzig, 18. Juni.

Die zweite Berathung des Gewerbegegerichts-

Gesetzes

ist auch gestern mit einer Langsamkeit vorgerückt, die eine baldige Berathung der Session in Frage stellt. Über die schon tagsvorher lang und breit discutierte Frage, ob die Wahlbarkeit der Beisitzer des Gewerbegegerichts an das 30. oder 25. Lebensjahr zu knüpfen sei, wurde schließlich nach einer neuen stundenlangen Debatte, in der neu Gründe nicht mehr vorgebracht wurden, durch eine namentliche Abstimmung entschieden. Von einem unserer Berliner Correspondenten wird uns hierzu geschrieben: Während nach vollendeiter Abstimmung

die Zählung der Stimmen durch die Schriftführer erfolgte, fragte ein freisinniges Mitglied in einem Privatgespräch, ob die Befürworter der 25-jährigen Altersgrenze gesiegt hätten? „Um zu siegen“, war ein in der Nähe stehendes Mitglied des Centrums ein, „müssten Sie doch erst die Majorität haben!“ In der That, das Centrum beginnt sich hierbei mehr und mehr als ausschlaggebende Partei zu fühlen. Wie es bei § 8 die Herabsetzung der Altersgrenze für die Beisitzer verhinderte, brachte es bei § 11 den Antrag Ackermann gegen die geheime und directe Wahl der Mitglieder des Gewerbegegerichts zu Fall. Ueber die Frage, ob die Altersgrenze für das active Wahlrecht auf 21 Jahre herabzusezen und auch den Frauen ein Wahlrecht einzuräumen sei, ist trocken langer Debatte eine Entscheidung noch nicht erfolgt.

Das Frauenwahlrecht für die gewerblichen Schiedsgerichte.

Die heutige Verhandlung bezüglich des aktiven Wahlrechts der Frauen für die Vertreter zum Schiedsgericht verdient einige Aufmerksamkeit. Es war in hohem Grade charakteristisch, daß am Anfang der Debatte vier Redner nach einander für das Wahlrecht der Frauen eintraten, ohne daß irgend jemand ihnen widersprach. Erst als fünfter Redner sprach der Abg. Pösch (Centrum) für die Commission und, nachdem der Abg. Richter den Minister v. Bötticher provocirt hatte, auch der letztere. In unseren deutschen Parlamenten ist die Stimmung den Frauenrechten wenig günstig, sie wittern sofort weitgehende Emancipationsgesetze. In der That handelt es sich aber hier bei den Gewerbegegerichten nicht um politische Rechte, sondern, wie § 3 des Gesetzes hervorhebt, nur über Fragen des Arbeitsverhältnisses, über die Aushändigung und Inhalt des Arbeitsbuches, über Leistungs- und Entschädigungsansprüche, über Berechnung der Krankenversicherungsbeiträge u. s. w. Es ist schwer zu begreifen, weshalb man bei der Wahl der Vorsstände für die Krankenversicherungsanstalten den versicherten Frauen das Wahlrecht giebt und hier nicht. Die Materien sind sicherlich nicht so verschieden. Nicht bloß in anderen Ländern, auch nach einzelnen Statuten in Deutschland haben die Frauen ein solches Wahlrecht. Schaden ist daraus nicht erwachsen. Die Herren des deutschen Reichstages scheinen aber große Furcht vor der „Emancipation“ der Frauen zu haben. Sie sehen sie schon im Geiste als Concurrenten bei den Wahlen für die Gemeinde- und Volksvertretung. In dem Commissionsbericht ist diese Besorgniß ausdrücklich ausgesprochen. Wir sind der Meinung, daß es damit noch heute gute Wege hat und wir fürchten uns absolut nicht. Als die Debatte in Zug kommen wollte und die Gegner sich endlich veranlaßt sahen, auch etwas zu sagen, und damit zu Erwiderungen Stoss gaben, schnitt die Majorität die Fortsetzung der Berathung durch Annahme eines Schlusshandtes ab. Morgen wird eine namentliche Abstimmung über den Antrag stattfinden. Dafür werden aber nur in der Hauptsache die Freisinnigen und die Socialdemokraten stimmen.

Die Resolutionen Windthorsts,

welche vorgestern von der Militärcommission des Reichstages angenommen wurden, sind an sich freilich, als Mittel der Volksvertretung, die von ihr anerkannten Interessen des Volkes zu wahren, recht ungeeignet. Doch hat ihre Annahme in der Commission eine gewisse Bedeutung. Namentlich gilt dies von der Abstimmung über die vierte und die zweite Resolution. Die vierte fordert bekanntlich die Regierung auf, die Einführung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit bei der Infanterie in ernste Erwägung zu ziehen. Diese Resolution ist mit allen gegen 5 Stimmen (der Conservativen Graf Holstein, Graf Stolberg und v. Manteuffel und der Abg. Müller und v. Kardorff von der Reichspartei) angenommen, es haben also auch die Nationalliberalen und ein Theil der Conservativen für die Resolution gestimmt, d. h. die Forderung der zweijährigen Dienstzeit im Prinzip anerkannt. Bemerkenswerth ist es ferner auch, daß gegen die zweite Resolution (jährliche Feststellung der Präsenziffer des Heeres im Staat) nur die Conservativen gestimmt haben, so daß die nationalliberalen Mitglieder also auch für diese Forderung eingetreten sind.

Nun erinnere man sich, wie die Conservativen über diese beiden Forderungen seit 1887, als sie von der Opposition gestellt wurden, geurtheilt haben, Forderungen, die sie jetzt als berechtigt anerkennen. Die „Dossische Zeitung“ sagt ganz richtig: „Die freisinnige Partei kann keine bessere Rechtfertigung für ihre Haltung in der Militärfrage finden als in den Beschlüssen der Commission. Die Mehrheit will das Nämliche wie die Minderheit, hat aber nicht den Muth, auf ihrem Willen zu bestehen; sie fürchtet nachhaltigen Widerstand und glaubt, diesem Widerstande nicht gewachsen zu sein.“ Für die freisinnige Partei liegt zu solcher Furcht und Hoffnungslosigkeit kein Anlaß vor. Wie sich aber auch das Geschick der Militärvorlage entscheide, soviel ist geniz, daß von der Annahme der Windthorstschen Resolutionen an einjährige Präsenziffer und zweijährige Dienstzeit als gemeinsame Meinung der deutschen Nation gelten müssen.“

Die Besoldung der Reichsbeamten.

Die Vorlage wegen Erhöhung der Gehälter der Reichsbeamten steht heute auf der Tagesordnung. Es bestätigt sich also, was wir schon gemeldet haben, daß die Vorlage nicht vertagt wird, wie in Beamtentreffen befürchtet worden ist. Eine solche Berathung wäre angesichts der Vorgänge auch unmöglich gewesen. Bekanntlich ist die Ver-

bessezung der Gehälter insbesondere der Unterbeamten vom Reichstage selbst angeregt worden. Es wäre daher nicht zu verstehen gewesen, wenn der Reichstag eine solche von ihm verlangte Vorlage einfach liegen ließe. Daraon also konnte gar keine Rede sein. Der Streitpunkt ist nur die Ausdehnung der Vorlage. Von den verschiedenen Seiten ist schon dagegen remontiert, daß die Vorlage vollständig anders gestaltet sei, wie die entsprechende preußische. Während in Preußen nur die Unterbeamten und ausnahmsweise ein Theil der Subalternbeamten bedacht sind, hat man in der Reichsvorlage auch höhere Beamte und die Offiziere hineingezogen. Von einer Gehaltsaufbesserung der Offiziere will aber die große Majorität des Reichstages schlechterdings nichts wissen. Dieser Theil der Vorlage, 4½ Millionen betragend, ist als besiegelt zu betrachten. Es liegt in der That kein Grund vor, unter den gegenwärtigen Verhältnissen und mit Rücksicht auf die anderen Beamten gleichstehender Kategorien in Preußen, zumal angesichts der anderen großen Militärforderungen, eine solche Erhöhung einzutreten zu lassen. Die für die höheren Beamten vorgeschlagenen Gehaltsverbesserungen werden Schwierigkeiten begegnen. Wie dieselben zu lösen sind, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. Die Vorlage darf nicht so leichte Verhandlungen nach sich ziehen. Die Verbesserungen der unserigen Beamten und einzelner Subalternbeamten werden freilich jedenfalls einstimmig im Reichstage genehmigt werden und es läßt sich mit Bestimmtheit annehmen, daß die Regierung diese Erhöhungen nicht abhängig machen wird von der Billigung der Erhöhung der Offiziers- und höheren Beamten-Gehälter.

Berathung des Reichstages.

Die auch in der gestrigen Sitzung der Arbeiterschutzcommission erwähnten Gerüchte, daß die Reichstagsession demnächst nicht vertagt, sondern geschlossen werden solle, erweisen sich als durchaus grundlos. Die Berathung wird, soweit bisher zu übersehen ist, spätestens in den ersten Tagen des Juli stattfinden. Die Meldung, daß dem Reichstage noch weitere Vorlagen auch aus anderen Ressorts als aus der Militärverwaltung zugehen würden, scheint auf einem Mißverständnis zu beruhen. Außer dem Gesetzentwurf betrafen die Baustrategischer Eisenbahnen, welchen der Schatzsecretär bereits angekündigt hat, soll dem Reichstage nur der Nachtragssatz zu den Militärvorlagen zugehen. Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Gehaltserhöhungen ist für heute in Aussicht genommen, um der Budget-commission Zeit zur Durchberathung der Vorlage zu lassen.

Der badische Landtag

ist gestern durch den Staatsminister Turban geschlossen, der den Abgeordneten für ihre ausdauernde und hingebende Arbeit in der Session, die zu größerem Umfang und höherer Bedeutung gelangt sei, als anfangs erwartet worden, den Dank des Großherzogs aussprach.

Die Militärfrage im italienischen Parlament.

Janolini beantragte gestern in der Deputirtenkammer folgende Tagesordnung: „In Erwägung der im Bericht der Generalbudget-Commission erörterten Gründe, in Erwägung, daß die November-Conscription eine bedeutende Verbesserung des Militärsystems herbeiführen werde, auf welches man nicht verzichten könne, wird der Kriegsminister aufgefordert, durch frühere Beurlaubungen der ältesten Altersklasse Ersparungen von 4 Millionen zu bewerkstelligen.“ Der Kriegsminister lehnte den Antrag ab, worauf die Kammer denselben verwarf.

Zum Pariser Nihilisten-Prozeß

schreibt der Pariser Berichterstatter der „Times“: Die Untersuchung gegen die verhafteten Nihilisten wird mehr und mehr verwirkt. Der Untersuchungsrichter Athalin scheint unparteiisch vorzugehen. Die Freunde der Verhafteten sind über diesen Punkt befriedigt und glauben, daß er das politische Element von der Untersuchung ausschließen wird. Dasselbe läßt sich jedoch nicht von der Polizeipräfektur sagen und zwischen den beiden Behörden scheint eine Art Comptenzconflict ausgebrochen zu sein. Der Richter Athalin befahl die Freilassung Achkinasis, gegen welchen kein Verhaftungsmaterial vorliegt, trotzdem hat die Polizei ihn noch weitere 6 Tage in Haft behalten, bevor sie sich entschließen konnte, ihn freizugeben. Achkinasi wünscht jetzt natürlich zu wissen, ob diese eine Detention gelegentlich ist. Man glaubte bisher, daß der Prozeß gegen die übrigen verhafteten Nihilisten am 28. d. M. beginnen würde. Jetzt haben jedoch Reinsteiner, Larenus und andere dem Untersuchungsrichter enthüllt, daß sich in ihrer Mitte ein russischer Agent befunden habe, welcher besonderen Eifer in der Herstellung der Bomben gezeigt hat, seltsamer Weise aber nicht verhaftet worden ist. Dies wirft ein neues Licht auf die Angelegenheit und mag den Prozeß auf einige Zeit hinausziehen.

Die Militärfrage in der ungarischen Delegation.

In dem Heeresauschuß der ungarischen Delegation wiederholte der Kriegsminister Freiherr v. Bauer seine frühere Erklärung, daß eine Erhöhung des Friedenspräsenzstandes unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu vermeiden sei. Die Frage sei aber noch nicht geprüft und auch kein Plan ausgearbeitet; er könne daher über die Erhöhungsziffer und die dadurch bedingten Kosten gegenwärtig keinen Aufschluß geben. Den Erklärungen der Blätter über diese Angelegenheit stehe er (der Kriegsminister) voll-

kommen fern. Nach einer entsprechenden Neuherierung des Ministerpräsidenten Szapary nahm der Ausschuss folgende Resolution an: „Gegenüber der Erklärung des Kriegsministers, der es für unvermeidlich hält, sich mit der Erhöhung des Friedenspräsenzstandes des Heeres zu beschäftigen, legt der Ausschuss das größte Gewicht auf die Berücksichtigung der Finanzlage und hat das Bedenken, daß die Erhöhung mit den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen des Landes kaum zu vereinbaren sei. Der Ausschuss nimmt jedoch darauf hin, daß die Frage noch nicht vorbereitet und kein positiver Plan vorgelegt sei.“

Russifizierung durch Ansiedelungen.

Das Ansiedelungsverfahren zur Germanisierung der polnischen Landesteile Preußens soll jetzt, wie man der „P. C.“ meldet, in Russland zur Förderung der Russifizierung nachgeahmt werden. Seit einiger Zeit wird in Petersburg die Gründung eines Vereins betrieben, welcher zum Zwecke haben soll, den Übergang des den Polen und Deutschen gehörigen Grundbesitzes in den südwestlichen Gouvernementen Russlands in russische Hände durch Credit-Operationen und anderweitige Mittel zu fördern. Die maßgebenden Kreise sollen von diesen Bestrebungen Kenntnis haben.

Die Cholera in Spanien.

Der vom Gesundheitsrat in Madrid über die Krankheitsfälle in Puebla de Argazt erstattete Bericht spricht sich zwar nicht mit Bestimmtheit für das Vorhandensein der Cholera aus, empfiehlt aber gleichwohl Vorsichtsmaßregeln gegen die Verbreitung der Krankheit zu treffen. In Folge dessen ist die Isolirung der infizierten Distrikte durch einen Truppencordon von der Regierung angeordnet worden.

Madrid, 18. Juni. (W. T.) Die Aerzte in Valencia sollen in Auswürfen von Kranken in Puebla de Argazt den Koch'schen Cholera-bacillus erkannt haben. Die Consuln haben ihre respectiven Regierungen davon benachrichtigt.

Reichstag.

19. Sitzung vom 17. Juni.

Die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Gewerbegegerichte wird fortgesetzt. Die Debatte über § 8 (Bedingungen der Wahlfähigkeit) war gestern nicht zu Ende geführt worden.

Abg. Osana (nat.-lib.) bringt zu den Anträgen noch das Amendment ein, daß zu den Ausschließungsgründen nicht der Empfang von Armenunterstützung schlechthin, sondern nur dann gehören soll, wenn die Unterstüzung „dauernd“ event. „wiederholt“ gegeben werden ist.

Abg. Meyer-Berlin: Die vorliegende Frage ist gestern von Hrn. Miquel und auch von Hrn. Porch mit vollem Recht als eine im Grunde unwichtige bezeichnet worden. Wie die Gewerbegegerichte in Wahrheit aussehen werden, hängt nicht davon ab, ob wir das Wahlrecht etwas liberaler oder etwas engrierter gestalten; diese Gerichte werden unter allen Umständen dieselbe Physisognomie erhalten. Indessen der Eifer, mit dem diese unwichtige Frage dargestellt wird, ist ein Symptom für ihre Wichtigkeit. Es zeigt sich darin, daß hinter ihrer materiellen Seite ein ganz anderes Motiv steckt nämlich der allgemeine Wunsch, das Wahlrecht, das active wie das passive, liberal zu gestalten, und diejenigen Wunsche, die nicht mit dem Gesetz eintragen können, wenn man dem Gesetz überhaupt einen besonderen Werth beilegen will. Wir sollen das Gesetz so machen, wie es den arbeitenden Klassen am angenehmsten ist. Die größte Bedeutung dieses Gesetzes liegt darin, daß es mit Theilnahme, mit warmem Entgegenkommen von den arbeitenden Klassen aufgenommen wird. An der ganzen Agitation der heutigen Tage ist ja gerade der efreuliche Zug das Bestreben der arbeitenden Klassen, Theilnahme an den Arbeiten des Gemeinwesens, Theilnahme an der richterlichen Thätigkeit des Staates. Es ist die Überwindung des Gedankens, sich lediglich um seine Privatangelegenheiten zu kümmern, und diejenigen Streben wollen wir entgegenkommen. Verhindern Sie, daß das Gesetz mit Freude und Genugthuung aufgenommen wird, so rauben Sie ihm den größten Theil seines Wertes. Die Regierung hat dauerlicher Weise das Gesetz mit einer Menge von Einschränkungen bepackt, die notwendiger Weise auf Widerstand der Arbeiter stoßen müssen. Dazu rechnen ich die Beschränkung des aktiven Wahlrechts, die Mitwirkung der Regierung bei der Ernennung der Richter u. s. m. Solche Dinge lassen das Gesetz als einen in der Retorte gebraute Homunkulus und nicht als ein auf natürliche Weise erzeugtes lebensfähiges Wesen erscheinen. Ich bedaure, daß das Centrum sich hier auf den bureaukratischen Standpunkt der Regierung stellt. Im Interesse der Wirklichkeit des Gesetzes bitte ich aber, lassen Sie die unnötige Fessel des § 8 fallen. (Beifall links.)

Abg. Tuny (nat.-lib.): Gerade weil die Vorlage einen weiteren Hintergrund hat, lehne ich die Anträge Ebert und Auer ab, weil ich meine: principiis obsta. Wie das Gesetz einen bureaukratischen Charakter haben soll, weil wir nur Männer mit gewisser Reise und Erfahrung Gewerberichter werden lassen wollen, das ist mir unverständlich. Die Erfahrungen in der Rheinprovinz sprechen für die Commissionsvorlage.

mäßig. Man wird in der Regel ältere Arbeiter wählen — gewiß, aber wenn man ausnahmsweise geeignete jüngere hat, weshalb soll man sie nicht wählen dürfen. Die älteren Berufungen, auch die preußischen, verlangten 30 Jahre Lebensalter, die jüngere Reichsverfassung nur 25 Jahre. Die Frage ist gar keine principielle, sondern eine Zweckmäßigkeitfrage, man hat sie unnütze Weis aufgebauscht. Für die Schiedsgerichte, für die Unfallversicherung hat das Reichsgesetz das 25. Lebensjahr als Minimum festgesetzt — und doch sind die Entscheidungen viel schwieriger und wichtiger. In Frankfurt, Leipzig, Dresden, Stuttgart, Hamburg hat man ebenfalls 25 Jahre. Nicht die Autorität der Alters, sondern die der Gründe entscheidet. Nur dann, wenn man die Wahl ohne zu viel angstliche Beschränkungen vertrauensvoll in die Hand der Arbeiter giebt, kann diese Schöpfung die Sympathien der Arbeiter gewinnen. Deshalb werde ich auch für den sozialdemokratischen Antrag stimmen, daß einjähriger Aufenthalt am Ort genügt. Jungen Landräthen traut man nach viel kürzerem Aufenthalt viel wichtiger Ortskenntnis erfordende Entscheidungen zu. Nur durch Vertrauen kann diese Institution gesegnet wirken. (Beifall links.)

Abg. Osman (nat.-lib.): begründet seinen Antrag. Zur Ausübung von der Wahl sei eine Fixierung des Maßes der empfangenen Armenunterstützung nothwendig. Im übrigen spricht sich Redner für die Commissionsvorläufe aus.

In der Abstimmung werden alle Abänderungsanträge abgelehnt, und zwar der Antrag Eberts in nominalischer Abstimmung mit 132 gegen 86 Stimmen; für denselben stimmen die Socialdemokraten, die Volkspartei, die Freisinnigen, von den Nationalliberalen die Abg. Bötticher, Büsing, Kraemer, Miquel, Pöhl, Pieschel, Röske, Siegle und vom Centrum der Abg. Franz. § 8 wird unverändert nach dem Antrage der Commission angenommen.

Die §§ 9 und 10 werden ohne Debatte angenommen. Nach § 11 müssen die Bevölkerung zur Hälfte Arbeiter und zur Hälfte Arbeitgeber sein; die Wahl soll unmittelbar und geheim erfolgen, und zwar auf mindestens 1 Jahr und höchstens 6 Jahr.

Abg. Ackermann (cons.) will die Bestimmung, daß die Wahl unmittelbar und geheim sein soll, streichen.

Die Socialdemokraten (Auer u. Gen.) beantragen, die Wahl auf 2 Jahre und an einem Sonntag erfolgen zu lassen.

Abg. Ackermann motiviert seinen Antrag mit Hinweis auf die Aufrégung, welche das allgemeine directe Wahlrecht bei den Reichstagswahlen hervorruft. Zu der Objectivität der aus solcher Wählern Wahl hervorgegangenen Richter können die Arbeitgeber kein Vertrauen haben. Die Regierung hat eine Bestimmung über das Wahlsystem in die Vorlage nicht aufgenommen, sondern die Bestimmung darüber den Gemeinden überlassen. Das passt den Herren auf der Linken nicht, die sonst so eifrig für die Autonomie der Gemeinden eintreten, wenn es in ihren Aram passt. Der Antrag der Socialdemokraten verstößt gegen die Sonntagsheiligung. (Beifall rechts.)

Abg. Ebert (frei.): Wir vertheidigen die Autonomie der Gemeinden schlechtweg ohne alle politischen Partei-zwecke, weil ein Staatserhaltendes, conservatives Interesse dafür spricht. Hier handelt es sich darum, zu verhindern, daß nicht die aus Minoritätswahlen hervorgegangenen Gemeindevertretungen Bestimmungen treffen über die Bildung der Gewerbegegerichte, vor welchen die große Mehrheit Recht nehmen soll. Wenn Sie die Sympathie der arbeitenden Klassen noch unter den Gefrierpunkt herabstimmen wollen, dann nehmen Sie den Antrag Ackermann an. Im Interesse des Gesetzes selbst muß die Bestimmung des Wahlsystems der Agitation entzogen werden.

Abg. Pösch (Centr.): In der geheimen Wahl sehen wir einen Schutz des freien Wahlrechts gegenüber dem Terrorismus, von welcher Seite er auch ausgehen möge. Wir werden deshalb gegen den Antrag Ackermann stimmen, sowie ferner gegen den Antrag Auer, aus den vom Abg. Ackermann auseinandergeleiteten Gründen.

Abg. Singer (soc.): Der Ackermann'sche Antrag ist ein Vorstoß gegen das allgemeine Wahlrecht, das in den letzten Jahren der Gegenstand vieler Angriffe gewesen ist. Die Gewerbegegerichte werden nichts leisten, wenn die Wahlen zu denselben nicht allgemeine und geheime sind. Denn sonst wird ihnen das Vertrauen der Arbeiter fehlen. Wenn schon bei den politischen Wahlen, wo es sich um allgemeine Interessen handelt, die Unternehmer die Wähler beeinflussen, um wie viel mehr wird das der Fall sein bei der Wahl zu den Gewerbegegerichten, wo die direktesten materiellen Einzelinteressen in Frage kommen. Redner empfiehlt ferner die Bannahme der Wahl am Sonntag, da die Arbeiter an den Wochentagen durch die Theilnahme an den Wahlen ihre Arbeit versäumen würden, auch sehr oft von dem Ort der Wahl entfernt wohnen. Auch in Berlin werden die Kirchenwahlen am Sonntag vorgenommen, so daß man von Störung der Sonntagsruhe hier nicht gut sprechen darf. Der Vorschlag, die Wahl nur auf zwei Jahre vorzunehmen, empfiehlt sich aus Zweckmäßigkeitgründen. Bei einem längeren Turnus würden die Wähler schon aus Bequemlichkeit die Möglichkeit einer früheren Neuwahl nicht benutzen; baldige Neuwahlen seien aber in den ersten Jahren durchaus wünschenswert, weil es sich um Einführung ganz neuer erst zu erprobender Zustände handelt.

Abg. v. Dzembrowski (Pole): Wir werden für die geheime und unmittelbare Wahl bei den Schiedsgerichten stimmen, aber gegen die Bannahme der Wahl am Sonntag. Der Antrag Ackermann wird gegen die Stimmen der Reichspartei und der Conservativen abgelehnt; die Anträge der Socialdemokraten werden gegen die Stimmen der Socialdemokraten, der Volkspartei und einiger Freisinnigen abgelehnt, der § 11 in der Fassung der Commission angenommen.

Nach § 12 soll wahlberechtigt sein, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat und zwei Jahre im Bezirke des Gerichts gewohnt hat oder beschäftigt ist.

Abg. Ebert will auch die weiblichen Arbeiter wahlberechtigt machen, während die Socialdemokraten (Auer u. Gen.) beantragen, alle Arbeiter (auch die weiblichen) nach vollendetem 21. Lebensjahr für wahlberechtigt zu erklären, und zwar, wenn sie zur Zeit der Wahl Wohnung und Beschäftigung im Bezirke des Gerichts haben. Außerdem beantragen sie die Bestimmung, daß Mitglieder einer Innung, welche ein Schiedsgericht hat und deren Arbeiter von der Wahlberechtigung und Wählbarkeit ausgeschlossen sein sollen, zu streichen.

Abg. Horwitz (frei.): Unser Antrag soll keineswegs die erste Etappe zur Frauenemancipation sein. Es handelt sich hier nur darum, daß den Frauen ein Recht zur Wahrung ihrer Arbeitsergebnisse eingeräumt wird. In Frankfurt haben die Frauen bereits das aktive Wahlrecht bei dem Schiedsgericht. Dr. Miquel hat mir mitgetheilt, daß sie davon den denkbar bestechendsten Gebrauch machen, auf deutsch, gar keinen. (Surfus: also!) Diesen Einwurf habe ich erwartet. Sollen wir denn so unbescheiden sein, demjenigen, der von seinem Recht den beiderseitigen Gebrauch macht, dieses Recht überhaupt zu verwehren? Ist es recht und billig und sittlich, die Frau als eine untergeordnete Kaste anzusehen? (Heiterkeit rechts.) Sie (rechts) haben doch selbst die Galanterie gegen das weibliche Geschlecht in Ihren gesellschaftlichen Codex aufgenommen, nicht etwa aus Herablassung gegen die mit Anmut gepaarte Schönäthe, sondern weil Sie die Frau als dem Mannen überbürdig anerkennen. Man sollte den Frauen doch dieses Recht nicht abschneiden, lediglich um der ganz unberechtigten Furcht willen, daß sie nachher mehr Rechte verlangen könnten. Wenn man ihnen heute nicht das Wahlrecht giebt, so wird man die Frage nur vertagen.

Auf Antrag des Abg. v. Gunz wird die Debatte über die Frage der Innungsschiedsgerichte verschoben bis zur Befreiung des § 72.

Abg. Hirsch (frei.): Auch ich vermöge nicht einzusehen,

weshalb man die Frauen von der Beteiligung an den Wahlen ausschließen will. Wer, wie sie, mitarbeitet mit dem Mann, muß auch in den Fragen, welche die eigene Thätigkeit betreffen, mit dem Manne mitsprechen können. Die Ebenbürtigkeit und Gleichberechtigung der Frauen bei den Wahlen entspricht dem Wunsch der Arbeiter, und ich befürchte, wie heute schon andere Redner, man soll das Gesetz so machen, daß es von den Arbeitern mit Freude angenommen wird.

Abg. Dreesbach (soc.) meint darauf hin, daß vor den Gewerbegegerichten gerade die jüngeren Arbeiter zwischen dem 21. und 25. Lebensjahr Recht zu nehmen haben werden, und gerade dieser großen Menge von Arbeitern will man das Wahlrecht nehmen. Mit dem Frauenwahlrecht ist dasselbe der Fall.

Abg. Ritter: Eigentlichlich, daß vier Redner hintereinander gegen die Commission sprechen und niemand vertheidigt. Wen soll ich denn bekämpfen? (Heiterkeit.) In dem Bericht ist nur der eine Grund: das Wahlrecht für die Frauen zu den Gewerbegegerichten sei gefährlich, denn das führe am Ende noch zum Wahlrecht für die Gemeinde- und Volksvertretung! Sind Ihnen die Frauen denn wirklich so gefährlich, daß Sie Ihnen dieses kleine Recht nicht einräumen wollen? (Heiterkeit.) Constituire möchte ich aber doch, daß man nicht einmal mit Gründen herausgekommen ist. Ich nehme an, man hat keine. Bei anderen Culturvölkern sind diese Fragen längst abgeholt. Bei uns in den Parlamenten — das haben wir neutlich auch im Abgeordnetenhaus gesehen — betrachten sich die Männer als die einzigen Herren in allem! Auch nicht ein Jota soll den Frauen eingeräumt werden, denn sonst könnten sie am Ende unsere Macht besitzen. (Heiterkeit. Jurus des Ministers v. Bötticher.) Haben Sie starke Gründe, so nennen Sie dieelben. Wir sprechen unfreie schwachen Gründe wenigstens offen aus. Gründe, glaube ich, haben Sie nicht. Sie werden die Anträge niederrstimmen. Die Forderung wird sich aber doch bahnbrechend. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Bötticher: Der Nachweis, daß es nothwendig ist, die Theilnahme der Frauen an politischen Rechten in diesem Gesetze einzuführen, hätte eigentlich von Seite des Abg. Ritter und seiner Partei erfolgen müssen. Der Grund, den er uns untergebracht hat, daß wir fürchten, das weibliche Geschlecht werde uns über den Kopf wachsen, trifft nicht zu. Es handelt sich um die Einrichtung von Gerichten, welche im Namen der staatlichen Autorität Recht sprechen sollen, und der Staat trägt die Verantwortung, daß ihre Aufgabe unbeeinflußt von irgend welchen ungünstigen Rücksichten erfüllt werden kann. (Sehr wahr!) Wer in aller Welt ist bisher schon auf den Gedanken gekommen, daß die staatlich eingestellten Gerichte unter Concurrenz der Frauen zu Stande kommen sollen? Ich habe gern zu, daß vielleicht in vielen Fällen die Concurrenz der Frauen bei der Wahl für die schiedsgerichtlichen Bevölkerung ohne jegliche Gefahr für die Zusammenfassung sich vollziehen kann. Aber eine Gewähr ist nicht gegeben. Das schönere Geschlecht ist auch das schwächere; es ist allen möglichen Einflüssen ausgesetzt (Abg. Ritter: Sie nicht?), während der Mann größeren Widerstand entgegensetzen vermag. Das alte tacet mulier in ecclesia gilt auch heute noch, und bei allem Respekt vor den Rechten der Frauen kann ich es dem staatlichen Wohle nicht entsprechen halten, wenn den Frauen politische Rechte gegeben werden. Es ist möglich, daß eine spätere Zeit darüber anders denkt. Die Auffassung der heutigen Zeit glaube ich richtig gekennzeichnet zu haben. Wenn wirklich in einzelnen Statuten über gewerbliche Schiedsgerichte der Frau die Befugnis zur Wahl gegeben ist, davon aber erfahrungsmäßig kein Gebrauch gemacht wird, so ergibt sich daraus, daß unter den Frauen selbst diese Forderung noch nicht als eine berechtigte und dringliche angesehen wird. Dies sind unsere Gründe, hr. Ritter; nun polemisiere Sie gegen dieselben! (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Pösch (Centr.): Meine Freunde werden bei aller Hochachtung vor dem weiblichen Geschlecht gegen den Antrag stimmen. Mit denselben Rechten könnte man verlangen, daß die Frau auch das passive Wahlrecht erhält (Beifall links: Gewiss, wir sind dabei!), daß sie zur Verwaltung, zum Parlament zugelassen wird. Principiis obstat! — Mit Recht hat Herr v. Bötticher hingewiesen auf das tacet mulier in ecclesia. (Beifall links: Ganz falsch angewendet!) Dagegen erkenne ich an, daß die Bedingung eines zweijährigen Aufenthalts am Ort nicht nötig ist. Ich beantrage deshalb, statt zwei Jahre ein Jahr zu sagen.

Abg. Singer (soc.): Es handelt sich hier nicht um politische Rechte der Frauen, von denen sie bisher im Staatsleben ausgeschlossen waren, sondern neue Rechte, die direkt aus ihrer Arbeitsfähigkeit entspringen. Gründe für unseren Antrag sind ausreichend beigebracht. Wir würden auch nicht zurücksehen, den Frauen das passive Wahlrecht zu verleihen. Die Frauenfrage ist eine moderne Frage und der Reichstag sollte mit veralteten Anschauungen brechen. Wir beantragen namentliche Abstimmung.

Darauf wird die Discussion geschlossen, die Abstimmung aber bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

■ Berlin, 17. Juni. Dem Vernehmen nach sind dem Bundesrath noch einige Nachtragsetats zugegangen, von denen der eine lediglich die finanziellen Consequenzen aus der Militärvorlage zieht, welche schon am 1. Oktober d. J. in Kraft treten soll. An fortdauernden Ausgaben sollen darin für das preußische Contingent etwa 6,5 Mill., für das sächsische etwas über 1/2 Mill. und für das württembergische etwa 330 000 Mk. gefordert werden, während sich die einmaligen Ausgaben für Preußen auf 43,7 Mill. für Sachsen auf 2 Mill. und für Württemberg auf nahezu 1,5 Mill. belaufen sollen. — Ein zweiter Nachtragsetat betrifft die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. Derselbe soll eine Forderung von 1 1/4 Mill. zur Anlage einer unterirdischen Telegrafenlinie von der bairisch-sächsischen Grenze bei Hof über Chemnitz bis Dresden enthalten. Eine dritte Forderung wird zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit unseres Bahnhofes im Interesse der Landesverteidigung gestellt. Es soll sich dabei sowohl um Ergänzungsbauten auf vorhandenen Strecken, wie die Anlage zweiter Gleise auf drei im Osten und Westen belegenen Strecken und Herstellung besonderer örtlicher Anlagen an verschiedenen Punkten, als um den Umbau einer Strecke und um den Bau einer festen Brücke über die Weichsel handeln. Im ganzen soll es sich dabei um etwa 17,7 Mill. Mk. handeln. Preußen und Bayern würden einen Theil der Kosten tragen. Da es wahrscheinlich ist, daß für diese in Aussicht genommenen Ausgaben die Genehmigung der Landtage der beiden Bundesstaaten nicht bis zum erforderlichen Beginn der Bauausführungen beschafft werden kann, so soll beabsichtigt sein, daß das Reich den ganzen Baubedarf vorschulterweise bereit stellt. Das Erforderlich für das erste Jahr soll deshalb auf etwa 10,3 Mill. bemessen sein. Dieser Betrag würde, wie ähnliche früher, durch Anleihe zu decken sein.

Abg. Horwitz (frei.): Unser Antrag soll keineswegs die erste Etappe zur Frauenemancipation sein. Es handelt sich hier nur darum, daß den Frauen ein Recht zur Wahrung ihrer Arbeitsergebnisse eingeräumt wird. In Frankfurt haben die Frauen bereits das aktive Wahlrecht bei dem Schiedsgericht. Dr. Miquel hat mir mitgetheilt, daß sie davon den denkbar bestechendsten Gebrauch machen, auf deutsch, gar keinen. (Surfus: also!) Diesen Einwurf habe ich erwartet. Sollen wir denn so unbescheiden sein, demjenigen, der von seinem Recht den beiderseitigen Gebrauch macht, dieses Recht überhaupt zu verwehren? Ist es recht und billig und sittlich, die Frau als eine untergeordnete Kaste anzusehen? (Heiterkeit rechts.) Sie (rechts) haben doch selbst die Galanterie gegen das weibliche Geschlecht in Ihren gesellschaftlichen Codex aufgenommen, nicht etwa aus Herablassung gegen die mit Anmut gepaarte Schönäthe, sondern weil Sie die Frau als dem Mannen überbürdig anerkennen. Man sollte den Frauen doch dieses Recht nicht abschneiden, lediglich um der ganz unberechtigten Furcht willen, daß sie nachher mehr Rechte verlangen könnten. Wenn man ihnen heute nicht das Wahlrecht giebt, so wird man die Frage nur vertagen.

Auf Antrag des Abg. v. Gunz wird die Debatte über die Frage der Innungsschiedsgerichte verschoben bis zur Befreiung des § 72.

Abg. Hirsch (frei.): Auch ich vermöge nicht einzusehen,

daß man die Frauen von der Beteiligung an den Wahlen ausschließen will. Wer, wie sie, mitarbeitet mit dem Mann, muß auch in den Fragen, welche die eigene Thätigkeit betreffen, mit dem Manne mitsprechen können. Die Ebenbürtigkeit und Gleichberechtigung der Frauen bei den Wahlen entspricht dem Wunsch der Arbeiter, und ich befürchte, wie heute schon andere Redner, man soll das Gesetz so machen, daß es von den Arbeitern mit Freude angenommen wird.

Abg. Dreesbach (soc.) meint darauf hin, daß vor den

Gewerbegegerichten gerade die jüngeren Arbeiter zwischen dem 21. und 25. Lebensjahr Recht zu nehmen haben werden, und gerade dieser großen Menge von Arbeitern will man das Wahlrecht nehmen. Mit dem Frauenwahlrecht ist dasselbe der Fall.

* [Vom Gejagtwader.] Bis 7 Uhr Abends war das Panzergeschwader gestern fast unausgesetzt in Bewegung, doch erstickten sich die Manöver vorwiegend auf selbständige Übungen der einzelnen Schiffe, namentlich Schießübungen und Evolutionen. Um 8 Uhr Abends war die Manöver-Schiffe wieder auf ihrem Ankerplatz vor Zoppot vereinigt. Auch der commandirende Admiral Freiherr v. d. Goltz verblieb dort an Bord der seine Flagge am Großenmast führenden „Grille“. Die Torpedoboottslötlle, welche ihre Übungen in der hiesigen Bucht beendigt hat, verblieb bis heute Mittags im Hafen zu Neuhäwasser. Sie geht heute nach Swinemünde ab, wo sie bis 23. Juni ihre Übungen fortsetzt. Das Panzergeschwader ließte heute Morgen gegen 8 Uhr wieder die Anker, eröffnete zunächst eine etwa einstündige lebhafte Aktionade auf dem Revier Adlershorst-Gdingen und ging darauf nach Gdingen, wo ein größeres Landungs-Manöver über welches die Bestimmung erst unmittelbar vorher ergangen war stattfand. Von dort wurde direct eine forcirte Fahrt nach Pillau angetreten, während Aviso „Grille“ nach Zoppot zurückkehrte. Der definitive Abgang des Geschwaders von der hiesigen Röhde befuhr der Rückkehre nach Riel erfolgte nach den bisher ergangenen Bestimmungen morgens Vormittag.

* [Firmung beim Militär.] Der Armeebischof Dr. Ahmann aus Berlin traf, von Hinterpommern kommend, zur hirtenamtlichen Seelsorge bei dem katholischen Theil der hiesigen Garnison vorgestern hier ein. Heute Vormittag volzhog Sr. Dr. Ahmann unter Aufsicht des hiesigen katholischen Garnisongeistlichen in der katholischen Garnisonkirche die Firmung katholischer Soldaten, welche in größeren Gruppen, nach Truppenteilen geordnet, sich dort eingefunden hatten. Die Festmusik beim Gottesdienste wurde von der Kapelle des Grenadier-Regiments König Friedrich I. ausgeführt. — Von hier aus begleitete sich der Bischof zu gleichen Amtsfunktionen in die übrigen Garnisonstädt Westpreußens.

* [Ernennung.] Die gestrige Meldung unseres Marienburger Correspondenten, daß das von Herrn Landrat Döhring selbst dementierte Gerücht von seiner Ernennung zum Verwaltungsgerichts-Director in Danzig doch begründet gewesen sei, scheint heute dadurch ihre Bestätigung zu erhalten, daß bereits dem Landrat Dr. jur. v. Jan der zu Heinrichswalde die commissarische Verwaltung des Landratsamts Marienburg übertragen worden ist.

* [Personalen.] Dem Gymnasial-Director Wapenhoff ist das Directorat des Friedrichs-Gymnasiums zu Pr. Stargard übertragen und der Landgerichts-Rath Möser in Thorn in gleicher Amtseigenschaft an diesen übertragen.

-a- [Verein für Massenverbreitung guter Schriften.] In der gestrigen Generalversammlung machte hr. Stadt-Rath Wittig bekannt, daß der Vorstand ihn selbst zum Vorsitzenden, hrn. Oberlehrer Dr. Hoffmann zum Schriftführer und stellvertretenden Vorsitzenden und henn. Fabrikbesitzer Steimann zum Schatzmeister gewählt habe. Es wurde darauf in die Beratung der von dem Vorstande entworfenen Statuten getreten, welche mit geringen redaktionellen Änderungen angenommen wurden.

M. [Der Verein der Gastwirthe] Danzigs und der Umgegend hielt gestern Nachmittag im Schwedergarten seine diesmonatliche Vereinstellung ab. Aufgenommen in den Verein wurden sechs neue Mitglieder, dann eine Statutenänderung beraten. Das Statutgebot erste Sommervergnügen am 10. d. Mts. hat des schlechten Wetters wegen ein Deficit von 60 Mk. zur Folge gehabt, das aus der Vereinskasse zu decken beschlossen wurde. Die diesjährige Generalversammlung findet am 8. Juli im Lokale „Danziger Bürgergarten“ in Schiblik statt.

* [Nordöstliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft.] Gestern hielt die Section IV der nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft ihre statutenmäßige Jahresversammlung in Elbing ab. Es wurde zunächst die Jahresrechnung geprüft und dem Vorstande die Entlastung ertheilt, ferner der Nachtragsetat pro 1890 und der Statat pro 1891 festgestellt. Referent Schmid-Ebersberg weiß Grillenberger gegenüber im einzelnen nach, wie unbedeutend und willkürliche die achtstündige und wie andererseits unnötig in der Mehrzahl der achtstündige Arbeitszeit sei; die Beschränkung der Arbeitszeit für Kinder und Frauen werde von selbst wohltätig auf die anderen Arbeiter zurückwirken. Der Vorwurf des Manchesterthums falle nicht auf die freisinnige Partei, sondern auf den Fürsten Bismarck, der die Stagnation der Arbeiterschutzgefegebung in den letzten 15 Jahren verschuldet habe. Die Commission vertagt schließlich auf Mittwoch.

* [Die Kaiserin] hatte sich gestern Nachmittag 2 Uhr mit den fünf kaiserlichen Prinzen vom Neuen Palais aus zu Wagen nach Bornstädt begaben und dort der Kaiserin Friedrich einen Besuch abgestattet. Später besuchten beide Majestäten die Friedenskirche.

* [Prinz Alexander von Preußen] steht es wenig, in die Öffentlichkeit zu treten, und hat es deshalb abgelehnt, zur Feier seines 60-jährigen Dienstjubiläums größere Huldigungen entgegenzunehmen; der Prinz gedenkt seinen Ehrentag (21. d. b.) still in Marienbad zu verleben.

* [Der Verein zur Förderung der Handelsfreiheit] wird seine statutenmäßige Generalversammlung am 23. Juni, Abends 7 1/2 Uhr, in seinem Bureau lokal in Berlin, Schellingstr. 14, abhalten. Auf der Tagesordnung steht nur die Eredigung geschäftlicher Angelegenheiten.

* [Der internationale Telegraphencongress] in Paris hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den nächsten Congress im Jahre 1895 in Pest abzuhalten.

* Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht das Uebereinkommen der österreichisch-ungarischen Monarchie mit dem deutschen Reiche betreffend die wechselseitige Unterstützung hilfsbedürftiger Seeleute.

München, 17. Juni. Frhr. v. Lutz hat die letzte Nacht sehr gut verbracht, das Allgemeinbefinden, der Appetit und der Kräftezustand sind befriedigend.</p

Neustadt. 17. Juni. An das gestrige Mittagsmahl für die Mitglieder des Preußischen Forstvereins und die Freunde der grünen Farbe schloß sich noch ein solenes Tanzvergnügen, welches die Theilnehmer in der heitersten Stimmung nach bis zur späten Stunde zusammenhielt. Heute früh verließen uns unsere Gäste. Eine lange Reihe von Wagen brachte dieselben nach den benachbarten Waldrevieren, von wo aus die Rückreise angefahren wurde. — Heute verließ der Rechnungsrath Pörschke hier selbst. Derselbe hatte die hiesige Kreiskasse seit mehr denn 30 Jahren verwaltet und vorher dem früheren Domänen-Rentamt Joppot vorgesetzten. Der heimgegangene war ein allgemein geschätzter Mann, der auch seitens des Monarchen durch Verleihung des rothen Adler-Ordens 4. Klasse und Ernennung zum Rechnungsrath ausgezeichnet wurde.

R. Pr. Stargard. 17. Juni. Zum Kreistagsabgeordneten für die Stadtgemeinde Pr. Stargard wurde heute hr. Bürgermeister Gämke gewählt.

Marienwerder. 17. Juni. Wie der Reichstagsabgeordnete, Oberbürgermeister Müller hierher mittheilt, ist nunmehr gegründete Ausicht vorhanden, daß die zur Zeit hier stehende Abtheilung reitender Artillerie dauernd in Marienwerder bleibt. (A. W. M.)

S. Slatow. 17. Juni. Unsere Stadt ist durch die Energie eines ihrer Mitbürger zu einem imposanten Kaiserdenkmal gelangt. Im Juni v. J. machte unser Mitbürger, der Generalagent Kamke den Vorschlag, durch eine Sammlung im Kreise Slatow und bei solchen, die früher dem Kreise angehört haben, einen Beitrag aufzubringen, für den ein Denkmal für Kaiser Wilhelm errichtet werden könnte. Mit Zweifel und Kopfschütteln wurde diese Idee aufgenommen, deshalb begann der genannte Herr selbständig, ohne jede Hilfe seinen einmal gefassten Entschluß zur Ausführung zu bringen, und heute, nach Ablauf eines Jahres, steht das Denkmal fit und fertig. Gestern stand die feierliche Enthüllung desselben statt. Tausende von Menschen aus dem hiesigen Kreise und der Nachbarschaft hatten sich zu diesem Feste eingefunden. Alle Behörden, alle Vereine, alle Gewerke und Innungen sandten sich zusammen und zogen gemeinschaftlich durch die festlich geschmückte Stadt nach dem Festplatz. Nach dem Absing des Chorals „Lobe den Herrn“ bestieg hr. Pfarrer Syring die Tribüne und hielt die Weisredere. Nachdem die Hölle gesungen und das Denkmal sichtbar war, ging ein freudiges Staunen durch die Reihen, denn nicht, wie man erwartet, eine Kolossalbüste, sondern eine überlebensgroße Gestalt Kaiser Wilhelms I., auf hohem Postament, wurde sichtbar. Das Denkmal stellt den Kaiser mit los umgelegtem Militärmantel, wallendem Federhut auf dem Haupfe, die eine Hand auf den Griff des Degens gestützt, die andere am reich beschnürten mit Orden bekleideten Gatarock dar. Das Auge blitze freundlich, der Gesichtsausdruck ist milde und sanft. Der Schöpfer dieses bei Gladbeck-Berlin geöffneten Denkmals, der in noch jugendlichem Alter stehende Bildhauer Engel-Konitz hat mit dieser Schöpfung gezeigt, daß er berechtigte Hoffnung hegen darf, bereinst noch Größeres zu schaffen. Auf der einen Seite des Postaments befindet sich ein gleichfalls gegossenes und von E. modelliertes, in Reife ausgeführtes Bild, das eine Episode aus dem letzten französischen Kriege darstellt. Kaiser Friedrich, damals noch „Unser Fritz“, stürmt mit seiner Armee, bestehend aus Preußen, Bayern und Würtembergern, die Stadt Wörth. Mit gezogenem Schwerte der Führer voran, seine tapferen Soldaten hinterher, die sich in den Weg stellenden Feinde niederschwingen, zeigt das Bild viel Leben, macht einen schönen Eindruck und bereichert das Denkmal somit auch um ein Erinnerungszeichen an den dem deutschen Volke ewig unvergesslichen Kaiser Friedrich, den Dux von San Remo, Charlottenburg und Friedrichskron. Die übrigen Seiten des Postaments zeigen in Sandstein erhalten gearbeitete Lorbeerkränze und von solchen Kränzen umschlungenen Kaiserinfiguren. — Nachdem die Weihe vollzogen, bestieg das Mitglied des Festcomités, Kreisinspektor Bemmert die Rednertribüne, um der Stadt das Denkmal zu übergeben und hierbei gleichzeitig die Geschichte seiner Enthüllung vorzuführen. Hieran schloß er den Dank aller Bewohner der Stadt und des Kreises für den, der Initiative ergriffen und durch rastlosen Eifer sein schönes Vorhaben zur Vollendung gebracht hat. Als Vertreter der Stadt übernahm Herr Bürgermeister Löhre das Denkmal. Unsere Nachkommen sollen aus der zwar summen, aber überwältigenden Sprache des Denkmals erfahren, wie ein treues Volk seine freuen Fürsten ehrt und ihren Thaten dankt. Als dann lenkte Herr Landrat Conrad die Aufmerksamkeit der anwesenden Festgenossen in kernigen Worten von den Loben zu dem Lebenden, von dem Großvater und Vater auf den Enkel, auf Kaiser Wilhelm II. In das Jahr mit welchem diese Rede schloß, summte die Versammlung freudig ein und sang die Nationalhymne. Die sonstigen Gesänge bei dieser Feier führte der hiesige Männer-Gesangverein aus. In gleichem Zuge, wie der Hymnus, ging auch der Rückmarsch, nur durch andere Straßen und es schloß damit der offizielle Theil der Feier. Bemerk sei nur noch, daß unser Bürgermeister namens der Stadt einen prächtigen mit Schleifen und Palmwedeln geschmückten Lorbeerkrantz auf das Denkmal niedergeliegt. Die Inschrift auf den Schleifen lautet: „Dem Andenken der unvergesslichen Heldenkaisers Wilhelm I. und Friedrich III. gewidmet von der dankbaren und getreuen Stadt Slatow am 15. Juni 1890.“ — An dem sich anschließenden Festessen im Hotel Gründemann beteiligte sich eine so große Anzahl von Personen aus Stadt und Umgegend, wie sie bisher bei keiner anderen Feier erreicht worden ist.

Thorn. 17. Juni. Der vorgestern nach Thorn gemeldete Eisenbahn-Unfall beßchränkt sich darauf, daß der angeblich von der Lokomotive gerollte Soldat von einer Lokomotive umgestoßen wurde und einer Oberschenkelbrüche erlitt.

Königsberg. 17. Juni. Der Kaiser hatte bei seiner Anwesenheit in unserer Stadt gleich nach dem Empfang und der Begrüßung des Kaiserpaars durch die städtischen Ehrenjungfrauen den Wunsch ausgesprochen, daß die Gruppe junger Damen photographirt werden möchte. Die Bitte, ihm später eine Photographie überseinden zu dürfen, wurde gern gewährt. Die Aufnahme hat insindlich stattgefunden. An den Kaiser ist ein besonders ausgestattetes Exemplar in Sammelmappe gegeben worden. — Eine solche Jubelfeier wird am 7. August d. J. der Senior unserer Stadtverordnetenversammlung, Partikulier Haack, begehen können. Derselbe kann an diesem Tage auf eine fünfzigjährige ununterbrochene Thätigkeit als Stadtverordneten zurückblicken. (Rgsb. Bl.)

Heiligenbeil. 17. Juni. Auf derselben Eisenbahnstrecke, auf welcher Anfang d. J. Herr Bauroth Braune von hier durch Überfahren den Tod fand, hat sich gestern wiederum ein Unglück ereignet. Zwischen Braunsberg und Heiligenbeil wurde ein Bahnarbeiter vom Zug erfaßt und sofort getötet. Der Verunglückte soll einem Juge ausgewichen und in das Nebengeleise übergetreten sein, als der von ihm bisher nicht bemerkte Zug auf dem zweiten Gleise hinter ihm her kam. Alle Locomotivsignale erwiesen sich als nutzlos, da er, neben dem ersten fahrenden Juge gehend, bei dem Geräusch desselben die Signale des zweiten nicht hörte.

Mohrungen. 16. Juni. Am 3. Juli cr. findet hier ein Kreistag statt, welcher u. a. über den Ausbau einer Eisenbahn niedriger Ordnung von Mohrungen nach Wormsdorf beschlossen wird.

Bromberg. 17. Juni. Unser Stadttheater ist bekanntlich Ende März d. J. ein Raub der Flammen geworden. Auf Veranlassen des Magistrats wurde bald nach der Brandkatastrophe eine gemischte Commission, bestehend aus Mitgliedern des Magistrats-Collegiums, Stadtverordneten und Bürgern, gewählt, welche sich mit der Frage: ob Bromberg ein neues Stadttheater aufbauen soll oder was sonst in dieser Angelegenheit zu machen sei, beschäftigt hielten. Sondern wurde der Kostenpunkt besprochen, und da stellte es sich heraus, daß ein derartiger, den ministeriellen Bestimmungen genügender Bau mindestens die Bausumme

von 400 000 Mk. erfordern würde, während man nur über einen Baufonds von 40 000 Mk. zu verfügen habe. Die Commission war einstimmig der Ansicht, daß die Stadt bei ihrer ungünstigen Finanzlage nicht im Stande sei, einen derartigen Bau auszuführen. Wohl sei es bedauerlich, so sagte man sich, daß die deutsche Stadt Bromberg auf eine deutsche Volksbildungsschule, wie es das deutsche Theater ist, verzichten müsse. Diese Verpflichtung sei um so bedauerlicher, als gerade jetzt das politische Element mehr wie sonst sich wieder zu regen beginne. Die Commission sagte sich ferner, daß Bromberg mit seinen nahezu 40 000 Einwohnern, mit seiner ansehnlichen Garnison, der Direction der Ostbahn mit ihrem zahlreichen Beamtener und den verschiedenen anderen höheren Behörden ic. wohl Anspruch auf ein städtisches Theater habe, aber — so heißt's im Volksmund: „Wo du nicht bist, Herr Organist, da schwiegen alle Flöten!“ — und deshalb hat mit Rücksicht auf den Kostenpunkt die Commission in ihrer letzten, vor einigen Tagen abgehaltenen Sitzung beschlossen, den Plan zur Errichtung eines Stadttheaters, so schwer es ihr auch falle, definitiv aufzugeben. Der Stadt fehlen die Mittel zu einem derartigen kostspieligen Bau.

Vermischte Nachrichten.

Berlin. 17. Juni. Die teilweise Sonnenfinsternis, welche heute Vormittag um 9 Uhr 22 Min. in die Errscheinung trat und kurz vor 12 Uhr Mittags ihr Ende erreichte, hat, da die Sonnenscheibe kaum zur Hälfte von der Mond Scheibe verdunkelt wurde und außerdem noch häufig dichtes Gewölk sich vor die Sonne schob, keine sonderliche Beachtung in Berlin gefunden. Von Menschen-Ansammlungen war nirgends etwas zu beobachten.

Auf dem Stadtbahnhof Alexanderplatz erregte gestern Mittag der Selbstmordversuch eines jungen Mädchens Aufsehen, das sich vor die Lokomotive eines einfahrenden Zuges warf. Schwer an den Armen und an einem Oberschenkel verletzt, wurde die Unglücksliche nach dem Krankenhaus im Friedrichshain geschafft. — [Abgestürzt.] Ein Telegramm des „B. L.“ meldet, daß ein Berliner Kaufmann, Emil Mertens, von der Terrasse des Hotels Pagano auf Capri abgestürzt und auf der Stelle tot geblieben sei. Der Unglücksfall soll durch eine Fahrlässigkeit von Seiten des Hotelwirths herbeigeführt worden sein.

ac. London. 16. Juni. [Künstliche Herstellung von Smaragden.] Dem Chemiker Greville Williams von der Londoner Gaslicht-Gesellschaft ist es gelungen, aus Gasresten-Rückständen einen in jeder Beziehung dem echten nahe kommenden Smaragd herzustellen. Die Herstellungskosten sind indessen so bedeutend, daß vor der Hand keine Gefahr besteht, daß die echten Smaragden ihren Wert einbüßen werden.

Schiffs-Nachrichten.

Hamburg. 16. Juni. Der Dampfer „Moon“, von Stettin nach Hamburg, sitzt bei Nordby auf Fandö auf Grund.

Bergen. 13. Juni. Laut Telegramm aus Tromsö hat ein angeschossener Wal ein Loch in die Seite eines hiesigen Commandeur Svend Foyn gehörenden Tug-Dampfers gerammt und es ist lechterer gesunken, doch ist die Besatzung gerettet.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin. 18. Juni. (W. L.) Der Kaiser verlieh dem Reichskanzler v. Caprioli den Schwarzen Adlerorden.

Berlin. 18. Juni. (Privattelegramm.) Bei der heute fortgesetztenziehung der 3. Klasse der 182. hal. preußischen Klassenlotterie fielen Vormittags:

2 Gewinne von 15 000 Mk. auf Nr. 67 489 189 568.

1 Gewinn von 5000 Mk. auf Nr. 15 796.

4 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 28 455 91 067 93 678 158 055.

8 Gewinne von 500 Mk. auf Nr. 2854 12 126 13 251 30 159 35 744 94 370 106 715 130 269.

Briefkasten der Redaktion.

W. hier und R. hier: Zur Aufnahme nicht geeignet.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Niemands Nachrichten.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluss des Blattes noch nicht eingetroffen.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluss des Blattes noch nicht eingetroffen.

New York. 16. Juni. (Schuh-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4.851/4, Cable Transfers 4.881/2, Wechsel a. Paris (60 Tage) 5.183/4, Wechsel aus Berlin (60 Tage) 951/4, 4% fundierte Anleihe 122/4, Canadian-Pacific-Aktion 82/4, Central-Pacific-Aktion 34, Chic. u. North-Western-Akt 111/2, Chic. Mill. u. St. Paul-Akt 781/4, Illinois-Central-Akt 1161/2, Lake-Shore-Michigan-South-Akt 112/4, Louisville- und Nashville-Aktion 891/4, New. Lake-Erie u. Western-Aktion 271/4, New. Lake-Erie u. West. second Mort. Bonds 1031/2, New. Central- u. Hudson-River-Aktion 109/4, Northern-Pacific-Preferred-Akt 83/4, Norfolk- u. Western-Preferred-Aktion 62, Philadelphia- und Reading-Aktion 481/2, St. Louis u. S. Franc. Brew.-Akt. 64, Union-Pacific-Aktion 661/2, Mabash, St. Louis-Pacific-Brew.-Akt. 271/4, New York, 16. Juni. Baumw. in Newy. 121/4, do. in New Orleans 111/4, Raff. Petroleum 70% Abel Teil in Newport 720 Gb. do. in Philadelphia 720 Gb., rohes Petroleum in Newy 740, do. Pipe line Certificates per Juli 901/2, Stärklich fest. — Schmalz loco 6.10. do. Rohe und Brothers 6.55. — Zucker (Fair refining Muscovados) 47/8. — Kaffee (Fair Rio) 20. Rio 7. low ordinary per Juli 17.22, per Sept. 16.82. New York, 16. Juni. Visible Supply on Wetzen 21 578 000 Bushels, do. an Mais 16 204 000 Bushels.

New York. 17. Juni. Wechsel auf London 4.851/4. — Weißer Weizen loco 0.91/4, per Juli 0.92/4, per Dezbr. 0.931/4. — Mehl loco 2.65. — Mais per Juni 0.41/4. — Fracht 2. — Zucker 47/8.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 18. Juni.

Weizen loco mat. Preise unverändert, per Tonne von 1000 Kilogr.

feinglasig u. weiß 126—1361/4 146—192 M. Br.

hochbunt 126—1341/4 144—192 M. Br.

hellbunt 126—1341/4 140—189 M. Br.

bunt 126—1321/4 138—188 M. Br.

roth 126—1351/4 140—188 M. Br.

ordinär 120—1301/4 120—178 M. Br.

Regulierungspreis bunt lieferbar transit 1261/4 136 M.

zum freien Verkehr 1281/4 185 M.

Auf Lieferung 1281/4 100 M. Br. transit 136 M. Br. per Juli-August inländ. 135 M. Br.

August transit 136 M. Br. 1351/2 M. Br. per Sept.

Oktbr. transit 134 M. Br. 1331/2 M. Br. do. zum freien Verkehr 169 M. Br. 1681/2 M. Br. 167 M. Br. per April-Mai transit 1351/2 M. Br. 135 M. Br.

Roggen loco fest per Tonne von 1000 Kilogr.

Regulierungspreis 1201/4 lieferbar inländ. 143 M.

unterpol. 102 M. transit 101 M.

Auf Lieferung per Juni-Juli inländ. 1391/2 M. Br.

transit 100 M. Br. per Juli-August inländ. 135 M. Br.

134 M. Br. unterpol. 971/2 M. Br. 97 M. Br. Gd. transit 821/2 M. Br. per Sept.-Oktbr.-Oktbr. inländ. 131 M. Br. 1301/2 M. Br. unterpol. 96 M. Br.

951/2 M. Br. transit 1281/2 M. Br. 1291/2 M. Br. per Oktbr.-Novbr. 1301/2 M. Br. 130 M. Br.

Spiritus per 10000 % Liter contingent loco 541/2 M. Br. per Oktbr.-Dezbr. 51 M. Br. per Novbr.-Mai 511/2 M. Br. nicht contingent loco 341/2 M. Br. do. 311/2 M. Br. 32 M. Br.

Kohle ruhig. Rendem. 880 Transitspreis franco Neu-fahrwasser 11.95—12.10 M. Br. per 50 Agt. incl. Petrol.

Petroleum per 50 Kilogr. loco ab Neu-fahrwasser verjol. bei kleineren Quantitäten 12.25 M. Br.

Steinkohlen per 3000 Kilogr. ab Neu-fahrwasser in Kahn-Ladungen, englische Schniede-Kuh. 58—62 M. Schott. Maschinen 42—48 M. Steam small 36—40 M.

Börsterher — der Kaufmannschaft.

Regulierungspreis 1201/4 lieferbar inländ. 143 M. unterpol. 102 M. transit 101 M. 1391/2 M. Br. transit 100 M. Br. per Juli-August inländ. 135 M. Br. 134 M. Br. unterpol. 971/2 M. Br. per Sept.-Oktbr.-Oktbr. inländ. 131 M. Br. 1301/2 M. Br. unterpol. 96 M. Br. 951/2 M. Br. transit 1281/2 M. Br. 1291/2 M. Br. per Oktbr.-Novbr. 1301/2 M. Br. 130 M. Br.

Gd. per Oktbr.-Dezbr. 51 M. Br. per Novbr.-Mai 511/2 M. Br. nicht contingent loco 341/2 M. Br. do. 311/2 M. Br. 32 M. Br.

Kohle ruhig. Rendem. 880 Transitspreis franco Neu-fahrwasser 11.95—12.10 M. Br. per 50 Agt. incl. Petrol.

Petroleum per 50 Kilogr. loco ab Neu-fahrwasser verjol. bei kleineren Quantitäten 12.25 M. Br.

Steinkohlen per 3000 Kilogr. ab Neu-fahrwasser in Kahn-Ladungen, englische Schniede-Kuh. 58—62 M. Schott. Maschinen 42—48 M. Steam small 36—40 M.

Börsterher — der Kaufmannschaft.

Danzig. 18. Juni. Getreidebörsie. (S. v. Morstein.) Wetter: Schön. — Wind: NW.

Weizen. Inländischer ohne Handel. Transit in matter Tendenz bei unveränderlichen Preisen. Beipiel wurde für polnischen zum Transit bunt krank Geruch 1241/2 127 M. bunt 1291/2 137 M. hellbunt 1291/2 140 M. per Sonne.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben zeigen ergeben an (677) Danzig, den 17. Juni 1890.
Richard Buttkammer und Frau.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hocherfreut an (7090) Max Freymann u. Frau, geb. Schneider.

Heute Abend 6 1/2 Uhr entstieß sonst am Gebrüderhof unsere gute Schwester, Schwägerin, Tante und Großtante, Fräulein

Amelie Hasse, in 72. Lebensjahr.

Dieses zeigen statt jeder besonderen Meldung allen Freunden und Bekannten stets betrübt an

Danzig, d. 17. Juni 1890.

Die Beerdigung findet

Freitag, Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Heil. Leichnamkirchhof nach dem Petrikirchhof in der Allee statt.

Bekanntmachung.

Befehls Verklärung der See-unfahrt, welche der Dampfer "Emma", Capitän Wunderlich, auf der Reise von Antwerpen nach Danzig erlitten hat, haben wir einen Termin auf (7091)

den 19. Juni 1890.

Mittwochs 9 1/2 Uhr, in unserem Geschäftskloster, Langenmarkt 43, anberaumt.

Danzig, den 17. Juni 1890.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In der Fechter'schen Concursade soll das dem Gemeinschaftshaus zur Concursmasse gehörige, in Guhringen abau belegene, fast durchschnittlich aus Meisentoden bestehende Gut Guhringen Nr. 4 (Kreis Rosenberg Westpr.) nebst sämtlichen, vorzüglichen lebenden und toben Inventar, Futtervorräthen, Saaten und reis. Ernt. bei 30–36 000 M. Anzahlung freihändig zu Gunsten der Gläubiger verhant werden.

Gläuber können sich bei dem Concursverwalter Herrn Gerichts-Assistenten Bischof, Rosenberg, Westpr., oder bei dem unterzeichneten Gläubiger - Ausdruck melben.

Die Besichtigung des Grundstücks kann jeden Tag erfolgen.

Guhringen, den 16. Juni 1890.

Der Gläubiger-Ausschuss.

Niclich, Hotelbesitzer, Rosenberg, Westpr. (7066), Ternulin, Besitzer, Guhringen, Schülke, Gathofsel, Guhringen.

30. Mai

Mit dem 11. Juni cr ist um Special-Export-Tarif für die Beförderung von Getreide ic. von Stationen der Polnischen Bahn nach Danzig und Neufahrwayer der Nachtrag I in Kraft getreten.

Derzelfe entfällt anderweile Frachtfürde für die Stationen Robbin bis incl. Baranowitsch, Witibor und Lachwa.

Exemplare des Nachtrags sind bei den bezeichneten Güter-Gesellschaften und bei der unterzeichneten Vermaltung zu haben.

Die Direktion der Marienburg-Milawkaer Eisenbahn. (7096)

Heinrich Grocholl, Sohn der verstorbenen Bäckermeisterwitwe Marie Gruner, geb. Grocholl, wird hiermit aufgefordert, sich bei dem unterzeichneten zu melden. Gleichterzeit ersuche ich Jeden, der von diesen Aufenthalt oder Verbleib Kenntniß hat, um diesbezügliche Nachricht.

Zoppot, im Juni 1890.

Nawrozi, Rechtsanwalt. (7055)

Auction

in Groß Suckzin. Am Freitag, d. 20. Juni 1890, Mittwochs 11 Uhr, werde ich auf dem Felde des Besitzers Otto Griepling

1 Stück Raps,

5 Schritt breit, 315 Schritt lang, im Wege der Anfangsrolltredierung öffentlich meistbietend gegen gleichbare Zahlung versteigern.

Neumann,

Gerichtsvollzieher in Danzig, Pfefferstadt 30. (7013)

Schleppkahn Barwich,

vom D. Adele, ladet nach Zopel, Liebmühl, Saalfeld, Dt. Eylau, Osterode, und Zwischen-Stationen. (7097) Güterzuweisungen erbitte

Ferd. Krahn,

Schäferei 18.

Hoffmann, Lehrbuch der prakt. Pflanzenkunde in Wort u. Bild.

Mit über 1000 Abbild. auf 60 color. Tafeln in Folio, 22 M. Schuberts Naturgesch. d. Pflanzenreichs mit 601 Abbild. Neu bearbeitet v. Willkom. Folio 10 M. Samml. großer Handatlas der Naturgesch. alter drei Reihe. Mit color. Abbildungen. Folio, 26 M. Vorfrähs bei (7072)

A. Trofien,

Petersiliegasse 6.

Pfr. Senft's Vorbereitungs-Institut zu Schönsee W.P. Garantiert sicherste Vorbereitung zum Einjähr.-Fährh.- und Postgehilfen-Examen, sowie für alle Gymnasialklassen bei individueller Bearbeitung. Jahres- u. Jahresresurce. Eigene Ausstudiobüro mit grossen Gärten vis-à-vis dem Bahnhofe. Prospekte gratis u. franco.

Hauptgew.: 600 000 Rmk., 500 000 Rmk., 400 000 Rmk., 2 Mal 300 000 Rmk., 3 Mal 200 000 Rmk. u. s. w.

Original-Kauf-Loope 5. Cl. der Berliner Schlossfreiheit-Lotterie (Ausstellung vom 7. bis inkl. 12. Juli 1890, kleinster Gewinn 500 M.) verloendet gegen baar, solange Vorroth reicht: 1/4 à 120, 1/2 à 60, 1/4 à 30, 1/2 à 15 M.; ferner Kauf-Antheil-Loope 5. Classe mit meiner Unterschrift an in meinem Besitz befindlichen Original-Loope: 1/8 à 12, 1/16 à 8, 1/32 à 4, 1/64 à 2 M. Die Gewinne dieser Lotterie werden bei mir sowohl bei Original- wie bei Antheil-Loope planmäßig ohne Abzug ausgezahlt. Amtliche Gewinnliste 5 Cl. inkl. Porto 30 Pf.

Hauptgewinn: 600 000 Reichsmark baar. Original-Kauf-Loope 4. Classe 182. Preuß. Lotterie (Ausstellung vom 22. Juli bis 9. August 1890) verloendet gegen baar, solange Vorroth reicht, ohne alle Bedingungen: 1/4 à 240, 1/2 à 120, 1/4 à 60, 1/2 à 30, 1/4 à 15 M.; ferner kleinere Anteile mit meiner Unterschrift an in meinem Besitz befindlichen Original-Loope: 1/8 à 24, 1/16 à 12, 1/32 à 6, 1/64 à 3 1/2 M. Amtliche Gewinnliste 4. Classe verloendet gegen baar, folgend: Carl Hahn, Lotterie-Geschäft, Berlin S. W., Neuenburgerstraße 25. (Gegründet 1868). (6920)

Stopf-, Breit-, Spitz- u. Kreuz-Haken, Gußstahl-Stein-, Büz- u. Kleinhägel, Hammer, Brechstangen, Bohrstaahl empfohlen billig unter Garantie.

Feldbahnen kauf- und mietweise (auch gebrauchtes Material)

Ludw. Zimmermann Nachfl., Danzig, Fischmarkt 20/21. (3076)

Holzkohlen-Verkauf. Im Forst Thorn geschwälte hieserne Meilerkohlen werden in Ladungen frei Wagon oder Kahn Thorn zum Preise von M 0,75 pro Hectoliter offerirt. Die Besichtigung der Kohlen kann im Maße erfolgen. Nähere Auskunft ertheilen: (7058)

S. Blum, L. Gasierowski, | Thorn.

Feinste Castlebay Matjes-Heringe erhielt heute neue Sendung Emil Hempf, 119 Hundegasse 119. (7085)

Ia. Tafelbutter auf Eis, täglich frisch, per Pf. 1,20 und 1,10 M. sowie beste Tafelbutter, per Pf. 1 M. gute Kochbutter, per Pf. 90 Pf. empf. C. Bonnet, Melergasse 1. (7008)

Rambonillet-Stammherde Bankau bei Bahn- und Postamt Warburg Westpr. Sonnabend, 26. Juli 1890. Mittags 3 Uhr: Auction über ca. 60 sprungfähige Böcke in eingehaltenen Preisen von 75 bis 200 M. Buchrichtung: Großer, tiefer Körper mit langer edler Wolle. Auf Wunsch kommen auch in diesem Jahre unbekönte Böcke. Verkauf. Die vielfach prämierte Herde kann jederzeit besichtigt werden. Jüchter d. Herde: Herr Schäferdirektor Albrecht-Guben. Bei Annahme Fuhrwerk bereit: Bahnhof Warburg, sowie an der Weichsel im rothen Adler. Abnahme der Böcke und Ausgleich des Betrages nach Ueber- künft. (7057)

C. G. Gerlich.

Alfred Liebsch, pract. Zahn-Arzt, Hundegasse Nr. 125. Sprechst.: 9—1, 3—6 Uhr.

Loose. Marienburg, Schlossbau 3 M. Marienb. Pferde-Lotterie 1 M zu haben in der Expedition d. Danziger Zeitung.

Original-Loope und Anteil-Loope der Schlossfreiheit-Lotterie V. (letzte) Classe zu verschiedenen Preisen. Inowraclauer Pferde-Lotterieziehung 20. Juni, Loose a M 1. Loose der Marienburger Pferde-Lotterie a M 1. Marienburger Geld-Lotterie, Hauptgewinn: M 90 000, Loose a M 3 bei Th. Berling, Gerbergasse Nr. 2. (7081)

Geschäftsbücher-Bearbeitungen und Buchführungs-Unterricht gebiegen, discret und billig durch (7060) Gustav Illmann, Frauengasse 17th.

Feinste Nizzaer Speiseöl, ff. Erdbeer-, Himbeer- u. Kirschsaft mit Zucker in Flaschen und ausgewogen, empfohlen

Max Lindenblatt, St. Geistgasse 131. (7078)

Feinste Delicatz-Matjes-Heringe empfohlen billig (6788)

Julius v. Götzen, Hundegasse Nr. 105.

Carl Studti, Heilige Geistgasse Nr. 47, Ecke Lubagasse.

Rieselfelder Stangen-Spargel, I. Sorte per Pf. 60 Pf. II. Sorte per Pf. 50 Pf. empfohlen (7089)

H. Entz, Langenmarkt Nr. 32.

Brioler in feinster Qualität per Stiel 1,25 M. empfohlen C. Bonnet, Melergasse 1. (7007)

Altes Zink, Blei, Messing, Kupfer, Zinn ic. kaufen zu höchsten Tagespreisen die Metallschmelze von (6717)

G. A. Hoch, Johannigasse Nr. 29.

Baum & Liepmann,

Bankgeschäft, Langenmarkt 18.

Einführung für Coupons und verlooste Stücke von Danziger Hypotheken-Bankbriefen, Hamburger Hypotheken-Briefen, Steininger Hypotheken-Bankbriefen, Pommerischen Hypotheken-Briefen, Norddeutschen Grundcredit-Bankbriefen, Deutschen Grundschulbank-Realt-Obligationen, Deutschen Hypotheken-Anleihe-Certifikaten, Garthauser Kreis-Obligationen.

Die per 1. Juli cr. fällig werdenden Coupons vorstehender Effecten, sowie von Kommissarischen Prioritäts-Obligationen und Ungarischer Gold-Rente lösen wir schon jetzt ohne Abzug ein. (6919)

Baum & Liepmann, Bankgeschäft, Langenmarkt 18.

Regelmäßige Dampfer-Verbindung

Danzig — Königsberg

mit Anlegen in Kahlberg.

Von Danzig jeden Dienstag und Freitag, Morgens 4 Uhr, von Königsberg jeden Mittwoch u. Sonnabend, Morgens 5 Uhr. Passagiergeld 1. Platz M 3, 2. Platz M 2 pro Person. (7080)

Emil Berenz.

Münchener Pschorr-Bräu,

König der Bairischen Biere.

General-Depot für Ost- und Westpreußen Langenmarkt 40. Heute empfängt frische Sendung in bekannt vorzügl. Qualität. Hochachtungsvoll Edmund Einbund.

Original-Gebinde von 8 1/2 Liter an, in Flaschen von 15 an frei Haus.

Wegen Fortugs von Danzig verkaufe ich sämtliche Waaren, wie:

Filzhüte, Cylinderhüte, Strohhüte, Regen- und Sonnen-Schirme, Mützen, Schipse u. a. m., sowie die ganze Laden-Einrichtung zu jedem nur annehmbaren Preise. (7061)

H. Fränkel, Langgasse 26, an dem Polizeigebäude.

Die Holz-Jalousie-Fabrik von C. Steudel, Fleischergasse Nr. 72,

empfiehlt ihre seit Jahren bekannten und bewährten Holz-Jalousien in allen Neuheiten zu den billigsten Preisen. (1835) Preiscurante gratis u. franco.

Bewerbungen sind Abschrift von Zeugnissen, kurze Angabe des Bildungsganges und Gehaltsansprüche beizufügen.

Directrice für ein feines Damen-Männer-Confetions-Geschäft wird für hohen Gehalt per 1. Juli d. Js. gesucht.

Adressen unter Nr. 7094 in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Ein solider Buchhalter,

im Maschinenschreiber bestehender

Calculator und tüchtiger Correspondent, findet vom 1. Juli ab Stellung bei (7067)

H. Kriesel, Dirschau, Maschinenfabrik und Eisen-

gießerei.

Bewerbungen sind Abschrift von Zeugnissen, kurze Angabe des Bildungsganges und Gehaltsansprüche beizufügen.

Wegen Umzugs nach dem Hause Langenmarkt 2 eröffne einen

Ausverkauf von Möbeln, Polsterwaaren, Decorationen etc.

zu außerordentlich herabgesetzten Preisen.

Für Solidität und Güte der Waaren leiste jede nur verlangte Garantie.

L. Cuttnar's Möbel-Magazin,

13. Langgasse 13.

O berhemden,

Chemisets, Krägen, Manschetten, Cravatten, Doppelknöpfe, Hosenträger, Tricots, Gürtel, Socken, Taschentücher offerirt in nur guten Qualitäten Paul Rudolphy, Langenmarkt 2.

Ein geräumiger Geschäft,

sicherlich eine der ersten Geschäfte

der Stadt, zu vermieten.

Ein junger Mann, Materialist, sucht gefüllt auf gute Zeugnisse sofort oder 1. Juli Stellung.

Adressen Lehrer Dohler, Steinbach bei Pretzlin. (7064)

Doppot, Bergerstraße Nr. 11 ein kleines Häuschen resp. 2 möblierte Zimmer ic. zu vermieten.

Mittelpunkt der Stadt, in einem anständigen Hause

auf einer großen Fläche, bestehend aus 2 großen Zimmern etc.

auf Wunsch auch weitere Räume und eventuell Bürchengelände — möbliert oder unmöbliert — am liebsten an einen einzelnen feinen Herrn zu vermieten.

Reflect, belieben Adressen unter 7082 in der Expedition dieser Zeitung niederlegen.

Möbliertes Apartment, 1